Abend-Ausgabe B.

Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M. Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M.

Durch die Post bezogen (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 5.25 M., monatlich 1.75 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich 9 K 66 h, Ungarn 8 K vierteljährlich.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.

Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 1 M.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M., vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.

Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Nr. 282. Freitag 11. Oktober 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Unter dem Vorsitz des Königs und der Teilnahme des Prinzen Georg fand heute vormittag eine Sitzung des Gesamtministeriums im Residenzschloß statt.

* Der Franziskanerpater Nazarius vom Aachener Kloster lehnte die ihm vom Staat tatsächlich angebotene Kandidatur für den Posener Erzbischofsstuhl ab.

* Die Wahlrechtsdemonstration der ungarischen Sozialdemokraten ist im ganzen Lande ruhig verlaufen.

* Abermals hat der italienische Ministerrat die Forderung des Marineministers von 200 Millionen Lire für den Bau von 4 gepanzerten Schlachtschiffen genehmigt.

* Die spanischen Cortes sind gestern wieder eröffnet. (S. Ausl.)

Tagesschau.

Nationalliberale und preußisches Wahlrecht.

Die „N. L. C." schreibt:

„In einem Artikel des „Tag", in dem er für das alte Ideal der christlich-sozialen Politiker, das ständische Wahlrecht, wirbt, kommt Dietrich v. Oertzen auf die Erklärung zu sprechen, die auf der hinter uns liegenden Wiesbadener Tagung von verschiedenen Rednern über die preußische Wahlrechtsreform abgegeben wurden, und die in der Hauptsache bekanntlich in einer Empfehlung des Pluralwahlrechts gipfelten. Herr v. Oertzen knüpft daran die Anmerkung:

„Ob dies nationalliberale Wahlideal zugleich einen Plan des Reichskanzlers bedeutet, bleibt abzuwarten. Unwahrscheinlich ist es nicht, daß man solche Linie in Norderney festgelegt hat."

Herr v. Oertzen ist für seine Person ein redlicher, nicht unsympathischer Mann. Aber um unseren Freunden im Zentrum von vornherein die Freude am Geschichtentragen und Legendenbilden zu vergällen, sei doch gleich und mit allem Nachdruck hier festgestellt: die Hypothese von einer Befruchtung der nationalliberalen Politiker in Sachen der preußischen Wahlreform durch den Fürsten Bülow ist genau so aus der Luft gegriffen, wie die Unterstellung der „Germania": Der Abgeordnete Bassermann hätte sich vorm Jahre seine bekannte Interpellation vom Kanzler diktieren lassen."

Leichenverbrennung und Orthodoxie.

Die Frage, ob in Preußen die Leichenverbrennung zulässig sein soll, wird bekanntlich einstweilen durch das Oberverwaltungsgericht auf Grund der Hagener Vorgänge entschieden werden. Das Oberverwaltungsgericht gegen die der Leichenverbrennung günstige Entscheidung des Hagener Bezirksausschusses einzunehmen, ist der Zweck eines langen Leitartikels der „Kreuzzeitung". Das konservative Hauptorgan legt seltsamerweise Gewicht auf die Annahme, daß die Leichenverbrennung deswegen in Preußen unzulässig sei, weil für sie zwar kein ausdrückliches, aber ein „stillschweigendes" Verbot bestehe. Selbst wenn die Annahme eines derartigen Verbotes zuträfe, könnte daraus unmöglich das Verbot der Leichenverbrennung für ewige Zeiten gefolgert werden. „Stillschweigend" ist vermutlich die Leichenverbrennung im nichtpreußischen Deutschland ebenso „verboten" gewesen, wie in Preußen; deswegen jedoch haben sich Koburg-Gotha, Baden, Hamburg, Sachsen-Weimar, Hessen, Bremen, Württemberg, Meiningen und Anhalt, sowie das Königreich Sachsen von der Zulassung der Leichenverbrennung nicht abhalten lassen. Darin freilich hat die „Kreuzztg." recht, daß eine obligatorische Leichenschau zugleich mit der Zulassung der Feuerbestattung eingeführt werden muß. Die Hindernisse, die der Einführung der obligatorischen Leichenschau im Wege stehen, sind sicherlich nicht unüberwindlich. Zum Teil besteht bereits eine reichsgesetzliche Leichenschau, nämlich nach § 10 des Reichsgesetzes über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten. Der Gesichtspunkt, daß die Durchführung der Leichenschau wegen der geringen Aerztezahl in den Landbezirken des östlichen Preußens untunlich sei, kann auf die Dauer nicht geltend gemacht werden: der führende Bundesstaat kann in dieser Beziehung nicht immer hinter Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden und den meisten kleineren Bundesstaaten zurückstehen. Ueberdies ist auch für Preußen durch zwei Ministerialerlasse (vom 22. November 1902 und vom 19. August 1904) die allmähliche Einführung der obligatorischen Leichenschau durch ortspolizeiliche Bestimmung in Angriff genommen worden; weitere Schritte in dieser Richtung sind also durchaus möglich. Daß die Feuerbestattung keinem christlichen Glaubenssatze widerspricht, gibt die „Kreuzztg." ausdrücklich zu. Trotzdem fordert sie das Verbot jeder amtlichen Beteiligung von Geistlichen an einer Leichenverbrennung. Würde die Kirche in Preußen dieser Forderung nachkommen, so hätte sie ohne Zweifel ernsten Schaden davon; denn sie würde einen großen Teil denkender Menschen sich dadurch entfremden.

Die Philippinenfrage.

In den Vereinigten Staaten ist die Philippinenfrage wieder einmal akut geworden, freilich nicht im Weißen Hause, aber in der Presse und der öffentlichen Meinung. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß die Philippinenfrage eine nicht unbedeutende Rolle bei der nächsten Präsidentenwahl spielen wird. Die Kolonialpolitik, die die Amerikaner auf den Philippinen geführt haben, ist bekanntlich nichts weniger als erfolgreich gewesen. In der Meinung, daß sie die bestmögliche Verfassung der ganzen Welt besitzen, beeilten sie sich, den Filippinos ein Regierungssystem in der Art des amerikanischen zu geben. Kaum fünf Jahre nach Erwerbung der Inseln richteten sie Munizipalitäten ein, die aus Wahlen hervorgehen, und in denen Eingeborene sitzen. Es gibt zurzeit gegen 600 solcher Körperschaften. Selbst die Gouverneure der Provinzen sind Eingeborene; zwei amerikanische Beamte, darunter der Finanzrat, stehen ihnen zur Seite. Ueber dem Ganzen steht die Philippinenkommission von 7 Mitgliedern (darunter 3 Filippinos), die später das Oberhaus bilden soll. Im Laufe der Zeit soll die Kolonie natürlich auch ein Unterhaus erhalten. Die Provinz- und Gemeinderäte wechseln alle zwei Jahre, während bei allen Asiaten nur eine permanente Behörde Autorität gewinnen kann. Die Gouverneure und ihre amerikanischen Adjutanten besitzen weder richterliche noch exekutive Gewalt. Die Philippinenkommission ist in ihren Befugnissen höchst beschränkt, und sie untersteht nicht etwa den Ministern in Washington, sondern dem Kongreß, der notorisch von den Philippinen so gut wie nichts weiß und versteht. Das Ergebnis ist überall dasselbe. Untätigkeit aller Behörden, die nichts tun, oder Reden halten, was ziemlich dasselbe ist. Für die materielle Entwickelung der Inseln ist so gut wie nichts geschehen. Die Amerikaner haben in den 10 Jahren ihrer Herrschaft keine Bahnen, Kanäle oder Wege gebaut, Häfen ausgebaut (mit Ausnahme dessen von Manila), oder sonst die Erschließung der Kolonie vorbereitet. Die Einwanderung der Chinesen, der einzigen Einwanderer, die arbeiten wollen und können, ist unterbunden; fremdes Kapital ausgeschlossen; fremder Handel und Schiffahrt durch die amerikanische Gesetzgebung gelähmt. Die Schulen, die gegründet sind, waren auf amerikanische und nicht auf philippinische Zustände zugeschnitten. Und die Filippinos hassen ihren neuen amerikanischen Herrn weit intensiver, als vordem die Spanier.

So beginnen auch die Amerikaner, ihrer Kolonie überdrüssig zu werden. Die Kolonie kostet viel — die Philippinen haben die teuerste Kolonialverwaltung von der Welt — und sie bringt nichts ein. Die anfängliche Begeisterung für den Imperialismus und die Kolonialpolitik hat einen Rückschlag erfahren. Und in der öffentlichen Meinung ist eine starke Strömung vorhanden, die Kolonie wieder loszuwerden. Aber auf welche Weise? Man kann sie doch unmöglich Japan überlassen! So ist denn die Idee aufgekommen, daß die pacifischen Mächte die Neutralisierung der Philippinen erklären und anerkennen sollten. Der Gedanke ist leichter ausgesprochen als durchgeführt. Vor allem wird das Weiße Haus mit Roosevelt nimmermehr dafür zu haben sein. Eben deshalb wird die derzeitige Kolonialverdrossenheit der Amerikaner für die nächste Präsidentenwahl in Berechnung gezogen. Auch von diesem Gesichtspunkte versteht man die Entsendung der Flotte in den Pacific, um das Interesse der Wählerschaft für den Panamakanal und den Imperialismus neu zu beleben.

Eine französische Bismarckbiographie.

Daß eine groß angelegte Biographie Bismarcks aus französischer Feder den Stempel unbefangener wissenschaftlicher Forschung trägt, ist von nicht unerheblichem politischen Interesse. Schon an der Tatsache selbst wird der Politiker nicht gleichgültig vorübergehen, ganz zu schweigen von den heilsamen Wirkungen, die ein derartiges Geschichtswerk auf die öffentliche Meinung Frankreichs ausüben kann. H. von Petersdorff lenkt im neuesten Hefte der „Historischen Zeitschrift" die Aufmerksamkeit auf dieses Werk, welches den Substitut am Seinetribunal Dr. Paul Matter zum Verfasser hat und den Titel „Bismarck et son temps" (Paris, Alcan) führt. Bisher in zwei die Zeit von 1815 bis 1870 darstellenden Bänden vorliegend, wird das genannte Werk von H. v. Petersdorff u. a. folgendermaßen beurteilt: „Das Werk ist elegant, klar und anziehend geschrieben. Es steht durchaus auf wissenschaftlicher Höhe und darf den Werken von Sybel und Friedjung wohl als ebenbürtig gegenübergestellt werden. Es verrät im allgemeinen eine vorzügliche Vertrautheit mit dem einschlägigen Quellenmaterial, wenn ja auch nicht zu erwarten war, daß der Verfasser als Franzose es vollkommen beherrschen würde. . . Im seinem Urteil verfährt er relativ mit lobenswerter Unparteilichkeit. . . Die Schilderung der Persönlichkeit des Helden atmet durchweg Frische und Lebendigkeit. Oft genug bricht Matters Bewunderung für den überlegenen Genius Bismarcks durch. Zuweilen sieht er sich sogar veranlaßt, Bismarck gegen seine deutschen Verkleinerer zu verteidigen. . . Eine Anzahl sachlicher Irrtümer fällt bei der Trefflichkeit des Werkes im ganzen wenig ins Gewicht." Daß auch Matters Auffassung von Irrtümern nicht frei ist, kann nicht wundernehmen. Dahin gehört z. B. die Ansicht, Bismarck habe seit 1866 auf den Krieg gegen Frankreich hingearbeitet. Matters Beweisführung ist in dieser Beziehung wegen falscher Zitate und infolge eines Mißverständnisses verfehlt. Als Ganzes aber darf seine Bismarckbiographie, wenn sie hält, was die beiden ersten Bände versprechen, mit Freude begrüßt werden.

Deutsches Reich.

Leipzig, 11. Oktober.

* **Der Reichsetat.** Die Verhandlungen der verschiedenen Reichsstellen im Reichsschatzamt über den Reichshaushaltsetat für 1908 09 nehmen einen derartigen Verlauf, daß auf die Einlieferung des ersten Einzeletats beim Bundesrat zu Beginn des nächsten Monats gerechnet

Feuilleton.

Die Kultur Japans.

Dr. Taiji Itchikawa, Lektor am Orientalischen Seminar und Lehrer des Japanischen an der Kgl. Kriegsakademie zu Berlin, hat verschiedene Vorträge, die er über die Kultur Japans gehalten hat, in Buchform herausgegeben. (Verlag von Carl Curtius, Berlin, 1907.) Der Verfasser betont selbst in seinem Vorwort, daß man eine umfassende und eingehende Behandlung der Dinge nicht erwarten dürfe. Und in der Tat bemüht er sich auch nicht, mehr zu geben, als eine Silhouette der Geschichte Japans und der materiellen und geistigen Kultur des Landes. Wer die Bücher von Lafcadio Hearn kennt: Kokoro, Lotos und Izumo, dem wird die Art und Weise, wie Itchikawa über die japanische Kultur schreibt, so trocken vorkommen, wie etwa die Beschreibung einer Naturschönheit in einem Schulgeographiebuch. Gerade in dieser unbeteiligten, scheinbar so unpersönlichen und deswegen echt japanischen Art liegt der Wert des Buches. Wir hören einen äußerst gebildeten, äußerst fein empfindenden, äußerst selbständigen Menschen, der die europäische Kultur in sich aufgenommen hat, ohne die japanische verloren zu haben, zu uns reden; und wir hören ihm interessiert zu, auch wenn er Dinge sagt, die für uns nicht neu sind.

In dem geschichtlichen Teil seines Buches gibt Itchikawa ein Bild der Entwicklung Japans zur Großmacht und zum Kulturland in europäischem Sinn. Systematisch begann die westliche Kultur in Japan eingeführt zu werden, nachdem im Jahre 1868 die Kaisermacht wieder hergestellt worden war. Nicht als ob der Kaiser jemals entthront gewesen wäre: seine in der heutigen Verfassung selbst noch betonte „göttliche" Abstammung schützte ihn vor jedem Angriff. Seit dem 16. Jahrhundert leitete aber nicht mehr der Kaiser die Regierung, sondern der Shogun: ein ursprünglich vom Kaiser ernannter Beamter, welcher die höchste Staats- und Militärmacht vereinte. Der Begründer der Shogunatsregierung war Tokugawa Iyeyasu, der aus den Kämpfen welche die zahlreichen japanischen Fürsten gegeneinander führten, als Sieger hervorging. Diese Shogunats- oder Tokugawaregierung hatte sich nun den Haß der Nation zugezogen, weil sie die Isolierung und Abschließung Japans dem Ausland gegenüber aufgeben wollte. Eine innere Revolution war die Folge, der Sturz der Tokugawaregierung und die Wiederherstellung der Kaisermacht. Der Kaiser konnte aber nicht anders handeln wie der Shogun: in einer Bekanntmachung vom 10. Oktober 1868 teilte er dem Volke mit, daß es unmöglich geworden wäre, andere Verträge, als die des Friedens und der Freundschaft mit den auswärtigen Mächten abzuschließen. Zu gleicher Zeit begann nun auch die Periode der Volksaufklärung. Die Shogunatsregierung hatte alles daran gesetzt, das Volk von den Errungenschaften der westlichen Kultur nichts wissen zu lassen.

Die neue kaiserliche Regierung hat, wie Itchikawa schreibt, die Aufklärung des Volkes an die Spitze aller Kulturprobleme gestellt. Das wichtigste politische Problem, das die neue Regierung löste, war die Abschaffung des Kasten- und Feudalsystems und die Einführung einer neuen Verfassung. Alle Stände und Berufe erhielten gleiche Rechte. Die Verwaltung des Landes wurde nach europäischem Muster organisiert. Nichts ist für die schöpferische Anpassungsfähigkeit der Japaner charakteristischer als die Art, wie das Unterrichtswesen von ihnen neugestaltet wurde. Ohne durch sklavische Nachahmung europäischer Vorbilder das japanische Wesen zu verletzen, verwirklichten sie kulturell-demokratische Forderungen, die heute in Europa, besonders in Deutschland, leider nur Programmpunkte linksstehender Parteien sind. Vor allem fehlt in der japanischen Schule jedes religiöse Dogma; der Moralunterricht ist an die Stelle getreten. Die Elementarschulen in Japan sind keine Klassenschulen für die ärmeren Kinder mehr, sondern alle Kinder gehen hinein. Die obersten Klassen sind so eingerichtet, daß jeder sich für das entscheiden kann, was ihm von Nutzen ist. Will der Schüler weiterlernen, dann geht er in die Sekundärschule, deren Lehrzeit 5 Jahre umfaßt. Hat er diese Schule besucht, so erwirbt er dadurch den Einjährig-Freiwilligenschein. Von dort aus kann er zu jeder beliebigen Fachschule übergehen. Will er später die Universität besuchen, dann muß er noch drei Jahre in der Vorbereitungsschule bleiben. Diese Einrichtung ist spezifisch japanisch und Itchikawa erklärt sie für notwendig, weil die Japaner sowohl auf der Universität, als auch in der Schule nicht nur bezüglich der realen Lehrgegenstände, sondern auch hinsichtlich der Sprachen mehr belastet seien, als die Schüler und Studenten im Westen. In der Tat finden wir, daß der japanische Lehrplan nicht nur europäische Kunst und Wissenschaft, sondern auch orientalische, besonders japanische und chinesische Lehrgegenstände umfaßt. Dazu kommt noch, daß die Japaner manche Dinge auf zweierlei Art lernen müssen: z. B. das europäische und das japanische Rechnen und Zeichnen. In der philosophischen Fakultät sind außer der europäischen auch die japanische, chinesische und indische Philosophie obligatorisch. In der juristischen Fakultät lernt man nicht nur das heimische Recht und das römische, wie in Deutschland, sondern auch das englische, französische und deutsche Recht. Und als größtes Hindernis umgürten die sprachlichen Schwierigkeiten das Studium. Itchikawa betont deshalb, daß die Reform der japanischen Sprache eine brennende Kulturaufgabe bilde. Doch scheint er nicht zu glauben, daß man in der nächsten Zukunft die Lösung dieser Aufgabe versuchen werde.

So stolz Itchikawa auf die Entwicklung der geistigen Kultur Japans ist, deren echt japanischen Ursprung er doppelt unterstreicht, so kritisch steht er der Entwicklung der materiellen Kultur Japans gegenüber, deren westliche Abstammung er zugibt. In seinen Augen mangelt es den Japanern an wirtschaftlichen Tugenden und Kenntnissen: sie leiden an einer Ueberschätzung der geistigen Kultur, an einer Unterschätzung der materiellen. Die Aufrichtigkeit der Kaufleute, die Sparsamkeit des Volkes, die Idee des Rechts, der Freiheit und der Selbständigkeit, die Ausdauer und der Mut auf wirtschaftlichem Gebiet sollen noch viel zu wünschen übrig lassen. Dann läßt sie der Ahnenkultus und die Verehrung eines Gottes in der Person des Kaisers immer noch „zu übergroßem Pflichtgefühl und zur Unfreiheit" neigen, wie Itchikawa wörtlich sagt. Von dem religiösen Indifferentismus der Japaner, welcher die ganze japanische Kultur von der westlichen unterscheide, erhofft er den endgültigen Sieg der Ethik über alle Religionen und als Folge auch eine Steigerung der wirtschaftlichen, der materiellen Tugenden. Da er die Abschaffung des Krieges als etwas Utopisches betrachtet, fordert er einstweilen zur Hebung der materiellen Kultur eine noch viel stärkere Armee, eine noch viel größere Flotte. Als einzige gute Eigenschaft der heutigen japanischen Industrie erkennt er die niedrigen Löhne der Arbeiter an; aber er sieht die Zeit kommen, wo die Arbeiter nach europäischem Muster um ihre Menschenrechte kämpfen werden. Ueberhaupt scheint ihm die heutige gesellschaftliche Ordnung Japans in der Auflösung begriffen zu sein: vor allem das alte Hayssystem, das Zusammenleben der Eltern mit den Kindern. Und er hat auch erkannt, daß die Umwandlung nicht nur eine Folge des Eindringens individualistischer Ideen des Westens ist, sondern daß die Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik als treibende Kraft wirkt. Trotz alledem spricht er das der westlichen nationalökonomischen Wissenschaft geläufige Wort nicht aus: Japan ist in den kapitalistischen Entwicklungsprozeß geraten. Und der Prozeß, der einerseits ganz neue, bis dahin unerhörte Werte schafft, wird auch in Japan anderseits eine zersetzende, alles Hergebrachte auflösende Wirkung ausüben. Das spricht Itchikawa nicht aus; aber man kann und muß es aus dem schließen, was er über die neueste Entwicklung der geistigen und materiellen Kultur Japans sagt.

S—a.

* **Berliner Musik.** Einen ungewöhnlich starken Erfolg errang in der „Komischen Oper" am Mittwoch Abend Eugen d'Alberts Oper „Tiefland", die ihre dritte Erstaufführung erlebte, nachdem fast alle Hoftheater mit Ausnahme des Berliner und die namhaften größeren und kleineren Stadttheater das Werk mit Erfolg gegeben haben. Ungezählte stürmische Hervorrufe des Komponisten, der darstellenden Künstler, des Dirigenten Tango, des Direktors Gregor und des Regisseurs Moris bezeugten sowohl nach dem ersten Akte, besonders aber am Schluß der Vorstellung, daß ebenso das Werk wie dessen Darbietung die ungeteilte Zustimmung der Zuhörer gefunden haben. Der Erfolg muß umso höher eingeschätzt werden, als es sich um das Werk eines deutschen Musikers handelt, das die große Mehrzahl der bisher in der „Komischen Oper" fast ausschließlich gegebenen Opern französischen Ursprungs an Wirkung bedeutend übertroffen hat. Man braucht d'Alberts Werk nach dem kolossalen Erfolge nicht zu überschätzen, man braucht vor allem nicht zu übersehen, daß es an einem Mangel an Stileinheitlichkeit krankt, insofern es sich stellenweise zu der eminenten Ausdruckskraft des Musikdramas erhebt, anderseits aber auch in das Tiefland der überwundenen alten Oper herabsteigt, aber man wird anerkennen müssen, daß es sich um die wohltuende künstlerische Kundgebung eines erfindungsreichen, natürlich empfindenden und natürlich sich gebenden Künstlers von gediegenem Können und seinem Klangsinn handelt; der charaktervolle melodische und motivische Gehalt, die reiche sinfonische Arbeit im Orchester und die klangschöne, von aller lärmenden Ueberladung freie Instrumentation bezeugen es. Näher an dieser Stelle auf das Werk einzugehen, dürfte überflüssig sein, weil es demnächst auch dem Leipziger Publikum bekannt werden wird, es genüge also die kurze Charakterisierung, um das Interesse für das Werk anzuregen. Die Aufführung war fast durchweg glänzend. In Frl. Labia hat der Komponist eine ganz ausgezeichnete Darstellerin der unglücklichen Marta gefunden, die, von einem einst reichen rohen Bauern Sebastiano verführt, von diesem, als er verarmt und sich durch eine reiche Heirat wieder emporbringen will, einen armen einfältigen Hirten Pedro angetraut wird, und Herr Merkel wußte aus diesem Pedro, der den Verführer, seinen Herrn, als dieser sogar in der Brautnacht seine alten Rechte an Marta geltend machen will, erdrosselt, eine sehr wirksame Figur. Dem Sebastiano gab Herr Zador wohl etwas zu rauh, während verkörperte Frl. Pickert die sinnliche Anni und Herr Wittrisch brachte die kleine Rolle des Mühlknechts Moruccio sehr charakteristisch zur Geltung. Die beiden Bühnenbilder, die Alpenlandschaft und das Innere der Mühle, waren von außerlesener Schönheit; die Regie sollte aber der Ueberbeweglichkeit der tanzsüchtigen Weiber und der Statisterie energisch entgegentreten. Endlich sei des Orchesters mit Anerkennung gedacht, das für seine Verhältnisse das Menschenmögliche leistete. Voraussichtlich wird d'Alberts „Tiefland" eine lange Reihe von Vorstellungen erleben.

Otto Lessmann.

* **Berliner Kunstsalons.** Ausstellung bei Fritz Gurlitt. Von der häßlichsten Straße Berlins, der Potsdamer Straße, wenn die unendlichen Straßenbahnzüge mit Automobildroschken und Bierfuhren um die Wette toben, tritt man in einen Hof, der von vier kleinen Villen eingerahmt ist, und wo in einem kleinen herbstlichen Vorgarten ein behelmter Griechenkopf mit elegischer Heiterkeit niederblickt. Auf den kleinen Sandwegen krümmen sich die gelben Blätter, die schwarze Erde der Beete ist in Immergrün gerahmt, am Haus schaukelt müder Efeu — eine fröstelnde Erinnerung an Italien weht von irgendwo herüber. Drinnen in den kleinen Räumen des Salons Gurlitt ist es sehr still, nur der Boden knarrt unter unsern Schritten, und manchmal hört man das Fräulein an der Kasse sich rühren. An den Wänden blauen Bilder von A. Th. Géricault (1791—1824). Dieser geniale Jüngling gehört zu den enthusiastischen Erben der napoleonischen Legende, er ist etwa mit Stendhal verwandt und den frühgereiften Romantikern, die, gequälte Skeptiker, das Kuriose über alles liebten, zugleich trägt er schon einige Züge des müdegewordenen enfant du siècle, dessen Beichte Alfred de Musset ablegte. Hier ist der „Karabinier", das wundervolle, feine Brustbild eines gepanzerten Reiters, eine frische Erinnerung an das europäische Abenteuer des ersten Napoleons. Ihm gegenüber leuchtet der Kopf des Schlachtrosses, das an die Malweise des Rubens erinnert, und dessen nervöses Ungestüm doch ganz original ist. Auch die „Manoeuvre" ist vertreten;